

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 23

Artikel: Eine schweizerische Armee im neuen Europa?
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093722>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine schweizerische Armee im neuen Europa?

Auch im Ausland wird die Frage immer wieder gestellt, ob denn die schweizerische Armee angesichts der Reformbewegungen in ost- und mitteleuropäischen Ländern überflüssig geworden sei und ob nicht die militärische Bedrohung so wesentlich abgenommen habe, dass auf eine Wehrbereitschaft des ältesten Neutralen verzichtet werden könne. Die am 26./27. November zur Abstimmung vorgelegte Initiative «Schweiz ohne Armee, dafür verstärkte Friedenspolitik» ist tatsächlich unter diesem internationalen Gesichtswinkel ebenfalls zu beurteilen.

Dabei stellen sich zwei Vorfragen: Hat eine militärische Bedrohung wirklich bestanden, und ist die Reformbewegung auch glaubwürdig in dem Sinn, dass der leninistische Anspruch auf Weltherrschaft aufgegeben worden ist?

Der militärische Krieg

Im Gegensatz zu Hitler, der den Zweiten Weltkrieg in der Hoffnung auslöste, die nationalsozialistische Neuordnung Europas

zu bewerkstelligen, hat das Sowjetregime vor Michail Gorbatschow grundsätzlich nie den militärischen Krieg als ein Hauptinstrument aufgefasst oder eingesetzt, um seinen Einflussbereich zu erweitern. Es hat vielmehr konsequent mit Subversion, Infiltration, Propaganda, Spionage, Erpressung und Drohung den politischen Krieg geführt. Auf Kuba, um nur ein Beispiel aufzuführen, hat weder ein sowjetisches Kriegsschiff Kurs genommen, noch wurde die Rote Armee in oder um Kuba auf irgendeinem Schlachtfeld eingesetzt. Und doch wurde die Insel 1959 ein sowjetischer Satellit.

Zwar wurde der umfassenderen Aufrüstung und besseren Ausbildung der sowjetischen Streitkräfte eine überaus grosse Bedeutung zugemessen, aber vorwiegend aus zwei andern Gründen: Zum einen waren die früheren sowjetischen Machthaber gehalten, ein befreundetes, aber gefährdetes kommunistisches Regime notfalls militärisch zu stützen. So wurde in der DDR 1953, in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 erfolgreich militärisch interveniert. Der letzte solche Versuch ist in Afghanistan nach 1979 allerdings gescheitert.

Die angestrebte militärische Übermacht war indes noch aus einem anderen Grunde wichtig. Sie diente der glaubwürdigen Drohung – dies ein Element der politischen Kriegsführung –, um von den Demokratien Konzessionen zu erpressen. Die militärische Wehrbereitschaft der westeuropäischen Länder hatte daher nicht in erster Linie die Aufgabe, den Westen gegen einen militärischen Angriff der Warschau-Pakt-Länder zu schützen, sondern die Erpressung politischer Konzessionen mit dem Hinweis auf die militärische Übermacht des Ostblocks zu verhindern. So konnte vermieden werden, dass die falsche Parole «Lieber rot als tot» allzu grosse Wirksamkeit erzielte. Richtigerweise hätte die Parole ja immer heissen müssen: «Lieber frei als rot oder tot.»

Mittlerweile ist die Breschnew-Doktrin (gemäss welcher militärische Interventionen zum Schutz befreundeter Regime gefordert waren) ebenso aufgegeben worden wie die Weltherrschaft als Ziel der sowjetischen Aussenpolitik. Die Sowjetunion wäre heute auch politisch nicht in der Lage – selbst wenn sie es noch wollte –, gewaltsam ein gefährdetes kommunistisches Regime zu retten.

Im übrigen ist festzustellen, dass das ungefähre Gleichgewicht der militärischen Rüstung Europa die längste Friedensperiode der letzten 1000 Jahre beschert hat.

«Iswestija» zur Armee-Abschaffung in der Schweiz

In der sowjetischen Regierungszeitung «Iswestija» berichtete deren Genfer Korrespondent Kosinski am 22. Oktober 1989 auf über 150 Zeilen von der bevorstehenden Volksabstimmung über die Abschaffung der Schweizer Armee.

Er weist darauf hin, dass neben 111 000 auch noch katholische und evangelische Geistliche die Initiative unterstützen.

«Im Zentrum der heftig und leidenschaftlich, aber immer im demokratischen Geist geführten Auseinandersetzung stand das letzte Werk des fortschrittlichen und humanistischen Schriftstellers Max Frisch. Seine publizistische Erzählung 'Schweiz ohne Armee? Ein Palaver' wurde zum Bestseller; allein schon in der deutschen Schweiz wurden davon in kurzer Zeit 45 000 Stück verkauft.' Werke von Max Frisch sind schon

vor der Perestrojka in der Sowjetunion verlegt worden, so dass er dort bekannt ist.

Laut Kosinski «muss die bürgerliche Presse jetzt eingestehen, dass mit dem Näherrücken des Abstimmungstermins die Zahl der Abrüstungsfreunde zunimmt» und ihr Anteil an der Wählerschaft von 29 auf 43 Prozent gestiegen ist.

Umfang und Tenor des «Iswestija»-Berichts zeigen, mit welcher Aufmerksamkeit die Armeeabschaffungsinitiative im Ausland beobachtet wird. Das internationale Ansehen der Schweiz und das Vertrauen in ihre politische Zuverlässigkeit sind allein schon durch das Zustandekommen der Initiative erschüttert worden. Auch bei einer massiven Verwerfung der Armeeabschaffung wird es Jahre brauchen, um den Schaden zu überwinden.

Max Keller

Die Reformbewegung

Ungarn ist keine Volksrepublik mehr, sondern eine Republik. Hammer und Sichel wurden aus der Staatsfahne verbannt. Freie Wahlen werden vorbereitet. In Polen amtiert ein Ministerpräsident, der nie der kommunistischen Arbeiterpartei angehörte. In Bulgarien wird die Aus- und Rückreise erlaubt, neuerdings ebenso in der DDR, wo Egon Krenz nach dem Sturz Honeckers gezwungen ist, weitreichende Reformen anzukündigen, um zu verhindern, dass ihm das Volk davonläuft. Das sind Entwicklungen von grosser Bedeutung mit weitreichenden Folgen. Aber die Würfel fallen in der Sowjetunion.

Die von Michail Gorbatschow angeführte Reformbewegung hat wichtige Fortschritte

aufzuweisen, namentlich auf der politischen Ebene. Das zeigt sich in der Gesetzgebung, im Verhältnis zur Kultur, in der eingeleiteten Trennung von Partei und Staat (in deren Rahmen dem Obersten Sowjet ein steigender Stellenwert zukommt), in der faktischen Abschaffung der Zensur, in der kritischen Aufarbeitung der Geschichte, in den gelockerten Beziehungen zu Kirchen und Religion, in der Zurückstufung von Partei und Armee, in der besseren Beachtung der Menschenrechte, seit kurzem auch in der offenen Kritik am berüchtigten Geheimdienst KGB.

Das sind zweifellos Fortschritte von historischer Bedeutung und Etappen auf einem äusserst positiven Weg. Doch türmen sich grosse Hindernisse auf; am sichtbarsten sind sie in der Wirtschaft und bezüglich der Nationalitäten.

Die Planwirtschaft hat versagt, wie jetzt auf unerwartet offene Weise erklärt wird. Unter der totalitären Diktatur konnte sich kein marktwirtschaftliches Normverhalten entwickeln, und die einfachste Protesthandlung war die unzureichende Leistung: Die Arbeitsproduktivität blieb auf niedrigem Stand.

Seit Michail Gorbatschow einen Reformkurs glaubwürdig eingeschlagen hat, löcken auch die mehr oder weniger kolonisierten Völker wider den Stachel der Zentrale. Für sie liegt der Test des Reformwillens in der Bereitschaft, den Nationalitäten Autonomie, wenn nicht gar Souveränität zuzugestehen. So ist Moskau ein Rennen gegen die Uhr aufgezwungen.

Notwendige Strukturänderungen

Dieses Rennen kann nur mit tiefgreifenden Strukturänderungen gewonnen werden. Ein solcher Kurs bietet zwar neue und noch vor kurzer Zeit unerhoffte Chancen, enthält aber andererseits auch grosse Risiken.

Michail Gorbatschow muss dem Volk viel, sehr viel zumuten: das Eingeständnis, dass bisher das meiste falsch lief, dass ein Neuanfang unvermeidlich ist; die Verunsicherung auch, die einem solchen Übergang eigen ist, ja sogar die Arbeitslosigkeit, um eine bessere Arbeitsdisziplin zu erzwingen. Und natürlich müssen die Völker vom Baltikum über die Ukraine, Moldau und Georgien bis nach Zentralasien überzeugt werden, dass sie zuviel nicht in zu kurzer Zeit verlangen können, wenn der Reformkurs nicht gefährdet werden soll – und gerade die Nationalitäten hätten dann die grösste Rechnung zu bezahlen. Schliesslich gibt es nach wie vor die Opposition, Dogmatiker und Apparatschiks, die sich gegen die Reformen stellen.

Sogar ein Herkules wäre kaum in der Lage, eine solche Riesenaufgabe aus eigener Verantwortung zu meistern. Daher benötigt Michail Gorbatschow zum Reformdruck, den er ausüben muss, auch den Reform-

zwang von aussen. Das Volk muss verstehen lernen: Nicht weil Gorbatschow eine Erneuerung will, muss es sich ändern, sondern weil in den Demokratien mehr geleistet wird und es den Menschen dort besser geht, weil in den offenen Gesellschaften Probleme frei diskutiert und so bewältigt werden können, weil der Versuch, die Weltherrschaft zu erringen, gescheitert ist.

Westliche Hilfe und Folgerungen für die Schweizer Armee

Laokoon warnte die Trojaner mit dem Ausspruch: «Was es auch sei, so fürchte ich die Danaer, auch wenn sie Geschenke bringen.» In dieser Lage befinden sich die sowjetischen Reformträger, wenn der Westen – aus welchem gutem Willen auch immer – «Hilfe» leisten will.

Was wäre das für eine «Hilfe», wenn der Westen als Vorleistung abrüstet und Gorbatschow danach allein aus eigenem Entschluss die eigene Abrüstung erzwingen müsste? Der sowjetische Übergang zu einer Defensivstrategie ist nur als Ergebnis harter Verhandlungen denkbar, und da würden westliche Vorleistungen geradezu einen Dolchstoss in den Rücken der Reformen bedeuten.

So verlangen sowjetische Sicherheitsexperten längst nicht mehr den Abzug amerikanischer Truppen aus Europa. Vielmehr ist den Reformern diese Truppenpräsenz jetzt ein Faktor der Stabilität. So wäre auch der Beschluss, dass die neutrale Schweiz auf ihre defensive Wehrbereitschaft verzichtet, ein negatives Signal an Westeuropa, die Wehrbereitschaft allzu rasch abzubauen. Den

Nutzen hätten einzig die osteuropäischen Ideologen und Dogmatiker.

Die gleiche Argumentation gilt auch für wirtschaftliche Geschenke. Wenn der Westen jetzt Konsumgüter gratis lieferte, warum sollten die Völker der Sowjetunion noch ja sagen zu schwierigen Strukturänderungen? Ohne Druck gibt es keinen Wandel. Es ist daran zu erinnern, dass die tiefe Krise der Planwirtschaft der erste Auslöser der Reformbewegung gewesen ist.

Hilfe ist zu leisten, aber nicht auf diesen Ebenen. Wichtiger ist die Aufnahme des Gesprächs, die Bereitschaft vor allem, von den Fehlern des andern zu lernen.

Falsch wäre es unter dem Blickwinkel einer europäischen Neuordnung, die jetzt möglich wird, wenn die Schweiz auf ihre Armee verzichten würde. Doppelt falsch, weil sie seit bald einem halben Jahrtausend nur Verteidigungskräfte unterhielt und das jedem Lande zuzubilligen ist. Dreimal falsch, weil der echte Neutrale der letzte sein muss, der auf jegliche Streitkräfte verzichten darf; er braucht sie zur glaubwürdigen Aufrechterhaltung seiner Neutralität.

Eine europäische Neuordnung mit positiven weltpolitischen Auswirkungen ist in den Bereich realer Möglichkeiten gerückt. Das kann vernünftigerweise nicht bedeuten, dass alle Probleme gelöst und Zwigigkeiten beigelegt werden. Es könnte sich erweisen, dass in der Zukunft die Streitkräfte neutraler Länder benötigt werden zur Entschärfung regionaler Konflikte, die ebenso sicher irgendwo immer wieder aufflackern werden, wie die Menschen nicht frei von Fehl und Tadel sind. ■

Bestellschein für **Zeitbild**

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 54. – (Ausland sFr. 59. – /DM 70. –). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

23/89

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6